



Nr. 167 / 2. November 2018

Bürgerbeauftragte unterstützt Kundgebung des Aktionsbündnisses „Therapeuten am Limit“

Am Donnerstag haben hunderte Demonstranten vor dem Landtag in Kiel Schulgeldfreiheit in den Ausbildungsberufen der Logopädie, Ergotherapie, Physiotherapie, Podologie und Diätassistenz gefordert. „Die Kundgebung war ein wichtiges und dringendes Signal an die Politik“, sagte die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Samiah El Samadoni, dazu heute (Freitag) in Kiel.

Wer später als Heilmittelerbringer, also zum Beispiel als Ergotherapeut, arbeiten will, muss seine Ausbildung selbst finanzieren und startet mit hohen Schulden ins Berufsleben. „Wegen des Schulgeldes und der hohen Belastungen im Arbeitsalltag entstehen Versorgungsdefizite, die nicht länger hinnehmbar sind“, mahnte El Samadoni. „Mir begegnen zunehmend Menschen, die auf eine Therapie dringend angewiesen sind, aber viel zu lange auf einen Therapieplatz warten müssen.“ Auch müssten angemessene Gehälter in den Gesundheitsberufen gewährleistet werden, damit sich der Fachkräftemangel nicht verschärfe, so die Bürgerbeauftragte. Schon jetzt seien viel zu viele Schulplätze in der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie unbesetzt.

El Samadoni sieht die Landesregierung nun in der Pflicht: „Auf Bundesebene ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD verankert, dass das Schulgeld für Gesundheitsfachberufe abgeschafft werden soll“, hob die Bürgerbeauftragte hervor. Die Umsetzung sei aber Ländersache. „Nordrhein-Westfalen und Bayern haben den Ernst der Lage bereits erkannt, Schleswig-Holstein muss schnellstmöglich folgen“, forderte El Samadoni.